

Antrag

Initiator*innen: Florian Leimann

Titel: Ä3 zu A4: Keine Rückkehr zu alten Rollenmustern – ZdK bekräftigt Geschlechtergerechtigkeit

Antragstext

Von Zeile 4 bis 8:

Stellungnahmen, Debatten und Arbeitszusammenhängen systematisch darauf hinzuwirken, dass ~~Frauenbilder und traditionelle~~ Rollenvorstellungen ~~die Vielfalt selbstbestimmter Lebensentwürfe von Frauen stärken und~~ keiner religiösen, kulturellen oder politischen Instrumentalisierung Vorschub leisten, die die Gleichberechtigung sowie ihre gleichberechtigte Teilhabe einschränkt. Vielmehr muss die Vielfalt selbstbestimmter Lebensentwürfe von Menschen aller Geschlechter und sexueller Orientierung gestärkt werden.

Begründung

Wie bereits innerhalb der AGKOD besprochen wird der Antrag begrüßt, sollte jedoch zum Thema "Geschlechtergerechtigkeit" in sich auch geschlechtergerecht sein und alle Geschlechter berücksichtigen.

Ein alternativer Begründungstext könnte basierend auf dem ursprünglichen Antrag wie folgt lauten:

Einleitung

Geschlechtergerechtigkeit ist seit vielen Jahren eine zentrale politische Linie des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Sie verbindet die Anerkennung der

unantastbaren Würde aller Menschen mit dem Einsatz für gleiche Rechte, gleiche Teilhabe und gleiche Verantwortung von Menschen jeglichen Geschlechts in Kirche und Gesellschaft.

Katholische Verbände engagieren sich auf dieser Grundlage für Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen, insbesondere dort, wo strukturelle Benachteiligung, Abhängigkeit und Ausgrenzung wirksam werden. In der aktuellen gesellschaftlichen Debatte um geschlechtliche Rollenbilder sehen die Antragsteller*innen Entwicklungen, die diesem geschlechtergerechten Anspruch widersprechen und politische wie kirchliche Gegenpositionen erforderlich machen.

Hintergründe/ Argumentation

In gesellschaftlichen und digitalen Diskursen gewinnen derzeit retraditionalisierte geschlechtliche Rollenbilder an Sichtbarkeit. Insbesondere die Verklärung sogenannter "Tradwives" sowie des „starken Mannes“ stellen die Rückkehr zu klassischen Rollenzuschreibungen - Hausfrauenideal, Alleinversorgerprinzip, Unterordnung, einseitige Verantwortung für Sorge- bzw. Erwerbsarbeit - als erstrebenswertes Leitbild dar. Diese Bilder sind nicht lediglich private Lebensentwürfe, sondern entfalten politische Wirkung, indem sie Gleichstellung relativieren und emanzipatorische Errungenschaften infrage stellen.

Aus der Perspektive katholischer Verbände ist deutlich: Geschlechtergerechtigkeit ist keine Nebendimension kirchlichen Handelns, sondern eine zentrale Frage sozialer Gerechtigkeit. Menschen jeglichen Geschlechtes werden auf unterschiedliche Weise weiterhin strukturell benachteiligt - ökonomisch, politisch und institutionell, auch innerhalb kirchlicher Kontexte. Retraditionalisierung verschärft diese Ungleichheiten, indem sie bestehende Machtverhältnisse stabilisiert und Verantwortung asymmetrisch verteilt.

Weihbischof Ludger Schepers hat jüngst darauf hingewiesen, dass die Kirche alte Rollenbilder hinter sich lassen muss und dass eine Rückkehr zu festen Geschlechterzuschreibungen kein harmloser Trend, sondern ein Problem für Freiheit und Gleichberechtigung ist. Diese Einschätzung korrespondiert mit den Erfahrungen der sozialen und verbandlichen Praxis von katholischen Verbänden: Menschen geraten dort unter Druck, wo traditionelle Rollenvorstellungen als moralische Normen gesetzt werden und die individuellen Lebensformen von diesen Normen abweichen.

Besonders kritisch ist der Umstand, dass retraditionalisierte Rollenbilder mitunter religiös aufgeladen werden. Christliche Begriffe von Familie, Hingabe oder „weiblicher Berufung“ werden genutzt, um Geschlechterhierarchien zu legitimieren. Damit wird der grundlegende Anspruch einer geschlechtergerechten Kirche

konterkariert, der alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht als eigenständige Subjekte mit gleichen Rechten und gleicher Verantwortung anerkennt.

Katholische Verbände verstehen Geschlechtergerechtigkeit ausdrücklich politisch: als Einsatz gegen strukturelle Benachteiligung, gegen ideologische Verengungen von Geschlechterrollen und gegen jede Form der Instrumentalisierung von Religion zur Einschränkung geschlechtlicher und sexueller Selbstbestimmung. Diese Haltung ist integraler Bestandteil der politischen Identität des ZdK und muss in aktuellen gesellschaftlichen Debatten sichtbar bleiben.